

Inhaltsverzeichnis

05.03.2019 Freiburger Nachrichten Eine abgeänderte Motion soll dem Institut für Föderalismus helfen..... 2

kanton

Eine abgeänderte Motion soll dem Institut für Föderalismus helfen

Der Nationalrat hat eine Motion zur Unterstützung des Freiburger Instituts für Föderalismus abgelehnt. Ständerat Beat Vonlanthen (CVP) will aber mit einer Abänderung eine Grundfinanzierung erreichen.

Urs Haenni

Bern Die Motion «Kompetenzzentrum für Föderalismus: Langfristiges Sicherstellen qualitativ hochstehender Dienstleistungen für andere Staaten und im Inland» des Freiburger Ständerats Beat Vonlanthen ist gestern im Nationalrat abgelehnt worden, obwohl der Ständerat sich letzten September noch mit 24 gegen 11 Stimmen für die Motion ausgesprochen hatte.

Vonlanthen reichte die Motion ein, nachdem das Freiburger Institut Ende 2016 ein langjähriges Mandat für internationale Dienstleistungen verloren hatte. Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit vergab den Auftrag an die University of Sussex. Der Grund: Das Institut hatte einen Minimalumsatz von einer Million Franken nicht erreicht.

«Keine Aufgabe des Bunds»

Wie aus den Beratungen der nationalrätlichen Kommission hervorgeht, sei es nicht Aufgabe des Bunds, qualitativ hochstehende Dienstleistungen im Themenbereich Föderalismus langfristig sicherzustellen. In der Schweiz gebe es verschiedene universitäre Einrichtungen, die zum Föderalismus forschen und Dienstleistungen anbieten würden. Dem Bund komme dabei keine Aufsichtsfunktion zu.

Beat Vonlanthen hatte mit der Ablehnung durch den Nationalrat gerechnet, wie er gegenüber den FN sagte. Er habe in der grossen Kammer nicht wie im Ständerat direkt intervenieren können. Wohl aber habe er innerhalb der CVP-Fraktion und bei der Freiburger Vertretung im Nationalrat für seine Motion geworben. Beim Geschäft gestern war SP-Nationalrätin Valérie Piller Carrard Berichterstatlerin in französischer Sprache.

Grundfinanzierung als Chance

Vonlanthen hat aber weiter Hoffnung, dass das Grundanliegen einer Unterstützung des Instituts doch noch Chancen hat. So habe er in der nationalrätlichen Kommission eine leicht abgeänderte Fassung eingebracht mit folgendem Wortlaut: «Der Bundesrat wird beauftragt, sich an der Grundfinanzierung des Kompetenzzentrums für Föderalismus der Kantone in angemessenem Umfang zu beteiligen.»

Bereits im letzten Mai hatte der Bundesrat in einer Stellungnahme verlauten lassen, er sei bereit, die Frage nach einer jährlichen Grundfinanzierung insbesondere mit den Kantonen zu diskutieren. Gestern sagte Bundesrätin Karin

Keller-Sutter (FDP), der Bundesrat werde bis zur Sommersession dazu Stellung nehmen. Sie sprach von einem Betrag von je 100 000 Franken für den Bund und die Kantone.

Auch die Kommission des Nationalrats gibt dieser Möglichkeit eine Chance: «Für die Rahmenfinanzierung sind primär die Kantone in die Pflicht zu nehmen, wobei sich der Bund angemessen beteiligen kann», heisst es im Bericht.

Vonlanthen bedauert, dass sein abgeänderter Vorschlag nicht schon jetzt im Plenum des Nationalrats behandelt werden kann. Für ihn ist die Existenz des Instituts für Föderalismus wichtig: «Es wird immer wieder zur Beantwortung von Fragen beigezogen, gerade auch durch das Ausland.» Für diese Aufgabe müsse das Institut die entsprechenden Fachleute anstellen, eine Grundfinanzierung aber gebe es nicht.